

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Klaus Adelt

Abg. Manfred Eibl

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Hubert Aiwanger

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

"Schwarzen Peter" nicht den Kommunen zuschieben - Flächendeckende Mobilfunkversorgung ist Aufgabe des Staates. (Drs. 18/135)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Alexander König, Sandro Kirchner u. a. und Fraktion (CSU)

Mobilfunkinitiative Bayern schnell zum Erfolg führen (Drs. 18/144)

Ich eröffne hiermit die gemeinsame Aussprache. Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen jetzt die Restredezeiten pro Fraktion bekannt: CSU 13 Minuten 14 Sekunden, GRÜNE 6 Minuten 27 Sekunden, FREIE WÄHLER 5 Minuten 58 Sekunden, AfD 1 Minute 31 Sekunden, SPD 6 Minuten 58 Sekunden, FDP 5 Minuten 34 Sekunden. Die Regierung hat noch eine Restredezeit von 11 Minuten 24 Sekunden. – Erster Redner in der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hintergrund des Antrags ist die derzeitige Suche nach geeigneten Standorten für Mobilfunkmasten, um eine lückenlose Abdeckung in Bayern zu erreichen. Die guten Standorte haben die Mobilfunkbetreiber abgegrast, die vermeintlich unwirtschaftlichen überlässt man den Kommunen. Der Freistaat Bayern versucht, die Kommunen dazu zu bewegen, dass sie über den Mobilfunkpakt selber Masten errichten, dafür einen Zuschuss bekommen und sie diese später vermieten können.

Wir sind hier einer etwas anderen Meinung. Wir glauben, dass die Bereitstellung der digitalen Infrastruktur Aufgabe des Staates ist; denn sie ist ein Bestandteil der Daseinsvorsorge. Wir fordern deshalb die Einrichtung einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft, die sich darum kümmert.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt viele Standorte, die ungenutzt sind. Entlang der Eisenbahnen gibt es das Funksystem der Bahn, das durchaus genutzt werden kann. Es können die Digitalfunktensender genutzt werden, und es können Windräder genutzt werden. Aber es gehört nicht zu den Aufgaben der Bürgermeister, dies zu eruieren. Es wäre Aufgabe des Staates, sich einen Überblick zu verschaffen. Er kann das auch ganz gut, wie er beim Digitalfunk bewiesen hat, wo er sich nach Standorten umgeschaut hat.

Es ist nicht Aufgabe der Kommunen, den Mobilfunkbetreibern einen roten Teppich auszurollen, sondern das müssen diese schon selber machen. Wenn der Wirtschaftsminister sagt, dass schon 150 Kommunen den Pakt, der nach dem Windhundprinzip funktioniert, angenommen haben oder sich dafür interessieren, muss ich dazu eines sagen: Wir haben 2.056 Gemeinden, und davon sind 150 ein ganz geringer Anteil.

Sie wälzen die Verantwortung auf die Städte und Gemeinden ab, ohne die Kosten zu kompensieren. 90 % ist zwar gut, aber es gibt viele Gemeinden in der Haushaltskonsolidierung, die diese 10 % nicht haben. Was ist damit verbunden? – Förderbürokratismus in höchstem Maße, die vielen Nerven und Zeit raubenden Verhandlungen mit dem rosaroten Riesen, die Auseinandersetzung mit der elektrosensiblen GRÜNEN-Basis, die noch nicht up to date ist mit der Beschlusslage der Landes- und Bundes-GRÜNEN. Damit verbunden sind auch viele personelle und finanzielle Ressourcen, die die Gemeinden nicht haben.

Wir bleiben deshalb dabei, dass die digitale Infrastruktur Daseinsvorsorge ist und in öffentliche Hand gehört. Sie kann das, das hat sie bewiesen. Deshalb ist die Aufforderung: Macht erst mal eure Hausaufgaben! Wir brauchen eine Infrastrukturgesellschaft.

Ein Hinweis sei erlaubt: Der frühere Verkehrsminister Dobrindt hat dies schon ange-regt. In den Vorankündigungen der CSU-Landesgruppe war davon die Rede, eine sol-che Infrastrukturgesellschaft zu gründen.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Hört, hört!)

Aber ich blicke im Moment nicht durch, wie der Stand der CSU derzeit ist. Vielleicht kann ich das mal erfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind eigentlich einer Meinung. Aber wir von der SPD sind der Auffassung, dass eine staatliche Gesellschaft das besser machen kann, und fordern deshalb: Stimmt unserem Antrag zu, lasst das vom Staat machen! Dann führt das schnell zum Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe Herrn Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN auf.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, flächendeckende Mobilfunkversorgung ist ein Thema, das uns allen unge-mein am Herzen liegt. Und so möchte ich meine Ausführungen chronologisch begin-nen.

Zur Rolle des Staates und der Kommunen im Mobilfunk: Seit den 1990er-Jahren hat die Bundesrepublik einen privatisierten Telekommunikationsmarkt. Die Erbringung von Telekommunikationsdiensten wurde privaten Unternehmen übertragen. Es ist daher Aufgabe der Mobilfunkbetreiber, die Netze auszubauen und attraktive Dienste bereit-zustellen. Auf dem Telekommunikationsmarkt herrscht Wettbewerb. Die Ausführungen der SPD zur staatlichen Grundversorgung gehen daher, wie ich meine, an der Sache vorbei.

Unabhängig davon bleiben beim Mobilfunkausbau immer die Kommunen die zentralen Akteure, vor allem bei der Standortsuche und in der kommunalen Diskussion, die, wie wir alle wissen, vor Ort nicht immer einfach ist. Dahin gehend wurde seitens der Staatsregierung ein Mobilfunkförderprogramm aufgelegt, um genau in diese Kerbe zu schlagen und kurzfristig und effizient eine praktikable Lösung zu erreichen, um die sogenannten weißen Flecken auszumerzen. Weil die Staatsregierung die Anliegen der Kommunen sehr ernst nimmt, sieht die bayerische Mobilfunkinitiative vor, 80 % Zuschuss zu gewähren, in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf sogar 90 %. In der Fördervariante der Baukonzessionen können Gemeinden sogar einen Konzessionär beauftragen, der für sie den Standort plant, baut oder auch vermietet. Wie bereits ausgeführt, wurden diesbezüglich bis zum heutigen Tage schon 150 Anträge eingereicht. Daran sieht man auch, wie schwerwiegend die Probleme vor allem in peripheren ländlichen Regionen aktuell sind. Unterstützend wirken hierbei natürlich die Mobilfunkbetreiber, die für die Kommunen planen und sie bei der Durchführung unterstützen. Des Weiteren gibt es das Bayerische Mobilfunkzentrum in Regensburg, das umfassende Beratung zu allen Förderverfahren und unterstützenden Maßnahmen bietet.

Zur staatlichen Infrastrukturgesellschaft: Ein noch stärkeres Engagement des Staates wurde geprüft, ist aber aus rechtlichen Gründen aktuell nicht möglich. Die Voraussetzungen der Bayerischen Haushaltsordnung für die Beteiligung an einer Gesellschaft liegen nicht vor. Zudem griffe der Staat mit einer staatlichen Gesellschaft unverhältnismäßig in den privatwirtschaftlichen Wettbewerb ein. Aufgrund der vorbereitenden Maßnahmen käme es wieder zu langen Verzögerungen, die vor allem den Kommunen in den ländlichen Räumen nicht weiterhelfen würden. Die Einrichtung einer staatlichen Gesellschaft ist ein ganz anderes Kaliber als ein Förderprogramm, das schnell, unbürokratisch und unverzüglich genutzt werden kann. Die Mobilfunkbetreiber wirken aktiv an der Umsetzung des Förderprogramms mit und haben dazu am 14. Dezember 2018 gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden den Mobilfunkpakt Bayern unterzeichnet.

Zum nationalen Roaming: National Roaming hieße, es Kunden eines Mobilfunkbetreibers zu ermöglichen, über das Netz eines anderen Betreibers zu telefonieren, falls der eigene Betreiber dort konkret keine Versorgung anbietet. Aber ich frage Sie: Was nützt uns das alles, wenn wir nicht einmal Masten haben, um das National Roaming dort auch zu betreiben? Die Frequenzauktion der Bundesnetzagentur steht bevor. Auch hier wurde in den Verhandlungsgeboten alles Grundlegende gemacht, um dahin gehend Maßnahmen einzuleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus den genannten Gründen wird die Fraktion der FREIEN WÄHLER die staatliche Infrastrukturgesellschaft und diesen Antrag ablehnen. Als ehemaliger langjähriger Bürgermeister sage ich: Ich hätte mir damals gewünscht, dass wir manche Schwarze Peter in dieser Glückseligkeit so erhalten hätten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Klaus Stöttner.

Klaus Stöttner (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war sichtlich überrascht, als ich gelesen und gestern erfahren habe, dass die SPD einen Antrag, sogar einen Dringlichkeitsantrag, einreicht, weil sie meint, dass es dringend notwendig ist, auf die Schnelle etwas zu unternehmen und ohne diesen Antrag der SPD die anderen Parteien, die Staatsregierung und auch die Bundesregierung schlafen würden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie deswegen einen Dringlichkeitsantrag stellen, darüber bin ich etwas überrascht, weil ich draußen bei uns im Land zurzeit ganz andere Sorgen erlebe.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich bin gespannt!)

Letzte Woche ist eine Frau ins Krankenhaus gekommen und hat die Ärztin gefragt, ob diese ihr ein Schlafmittel verschreiben könne, mit dem sie zwei, drei Tage durchschlafen könne. Auf die Frage der Ärztin, warum die Dame ein Schlafmittel wünscht, hat die Frau geantwortet, dass sie kein Geld hat, um sich die nächsten drei Tage zu ernähren. – Diese Frau ist zu stolz, um zum Amt zu gehen und sich mit Sozialhilfe und Wohngeld zu behelfen.

Ich glaube, dass wir alle, nicht nur die SPD, der das Thema sehr nahe ist, genauer hinschauen müssen, um diese Dinge nicht zu vernachlässigen, die tagtäglich passieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das machen wir! Wenn Sie in Berlin nur nicht immer dagegen arbeiten würden!)

Ich war über diesen Dringlichkeitsantrag zur Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum wirklich sehr überrascht, weil es kein klassisches Thema von euch ist.

Ich möchte daran erinnern, dass wir im Freistaat Bayern den Grundsatz des Wettbewerbs haben.

(Klaus Adelt (SPD): Der Markt regelt alles!)

Und wir haben den Grundsatz der Stärkung der ländlichen Räume, aber auch die Selbstbestimmung der Kommunen. Die Selbstbestimmung und Freiheit des Einzelnen sind hohe Güter. Daher bin ich überrascht von eurem Antrag, in dem ihr schreibt, dass die Kommunen quasi nichts entscheiden sollen, sondern der Staat alles reparieren und richten soll. Liebe Kollegen von der SPD, wir haben in der Kürze der Zeit, seit der das Programm des Freistaats Bayern läuft, bereits 150 Anträge von Kommunen, die es dringend nötig haben, darunter auch drei namhafte Gemeinden, die SPD-geführt sind. Ich glaube, dass das ein guter Weg ist.

Das Zweite ist, dass wir im Rahmen dieses finanziellen Anreizes bis zu 90 % erstatten und die Kommune die Möglichkeit hat, die Masten weiterzuvermieten, wie der Kollege

von den FREIEN WÄHLERN, der Herr Eibl, bereits gesagt hat. Wir haben tausend Möglichkeiten, auch für die Kommune, damit sie hier finanziell nicht schlecht dasteht.

Das Dritte ist, dass auch wir die Thematik der Lücken erkannt haben. Unser früherer Wirtschaftsminister Franz Pschierer hat in Berlin bei den Verhandlungen über die neuen 5G-Frequenzen die Thematik des National Roamings implementiert und deutlich gemacht, dass das bei der zukünftigen Ausschreibung eine Rolle spielen muss. Auch unser jetziger Wirtschaftsminister hat in einem deutlichen Schreiben an Wirtschaftsminister Altmaier klargemacht, dass uns das ein großes Anliegen ist.

Ich möchte kurz auf ein paar Punkte eingehen, die wir im Freistaat Bayern neben dem klassischen Programm machen. Wir lassen unsere Mobilfunkbetreiber auf die BOS-Funkmasten.

(Klaus Adelt (SPD): Das ist schon mal etwas!)

Das ist eine gute Lösung. Die Feuerwehr, die Bergwacht und die Rettungsdienste wollen eine lückenlose Funkverbindung. Wir haben in allen Regionen des Landes Funkmasten aufgebaut, und die Mobilfunkbetreiber oder auch die Kommunen können diese nutzen, um die Netzlücken zu schließen.

Ich habe damals im September bei dem Antrag der FREIEN WÄHLER deutlich gemacht, dass ich auch für nationales Roaming bin, aber dass es teilweise immer noch Regionen gibt, etwa im Bayerischen Wald, wo überhaupt kein Funkmast steht. Da hilft dieses National Roaming nicht. Wenn man ehrlich ist, meine Damen und Herren, liebe Kollegen: Der Aufbau einer staatlichen Organisation mit Ausschreibung und Notifizierung bei der Europäischen Kommission würde alles verzögern. Bis dahin wird der 5G-Funk ausgeschrieben sein. Es gibt die Gesetzgebung und die Möglichkeit, dass wir mit den Kommunen und den BOS-Funkmasten Lösungen anbieten. Das ist ein ganz guter Weg in die richtige Richtung.

Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Die Staatsregierung unter Markus Söder und Hubert Aiwanger kennt diese Themen und hat die richtigen Maßnahmen ergriffen, um das auf den Weg zu bringen. In der Ruhe liegt die Kraft!

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Müssen wir noch mal eine Verfassungsänderung machen? In der Ruhe liegt die Kraft!)

Machen wir die aktuellen Themen nicht schlecht! Wir werden dieses Programm weiterführen und darauf drängen, dass bei der 5G-Ausschreibung auf Maßnahmen für besseren Empfang in den Zügen und auf der Autobahn, was auch für unsere Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt, gesetzt wird. Deswegen werden wir den Antrag der SPD ablehnen und dem Antrag der Koalition zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Stöttner, bleiben Sie bitte noch hier am Rednerpult. Ich habe zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung stammt von Herrn Kollegen Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Herr Kollege Stöttner, es ist eine Aufgabe der SPD, weil die SPD viele Bürgermeister und Menschen in ihren Reihen hat, die in den Kommunen in der Selbstverwaltung tätig sind. Deshalb ist es unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Job 24 Jahre lang gemacht. Ich frage Sie: Wer sorgt für die Durchsetzung der Leitungsrechte, wenn ein Standort als geeignet erscheint und der Grundstückseigentümer oder der Nachbar dem nicht zustimmt? Soll das der Bürgermeister machen, zwei Jahre vor der Kommunalwahl? Sie haben von Schnelligkeit gesprochen. Einen Teufel wird er tun! Denn das kostet ihn Kopf und Kragen.

(Zuruf von der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Feig!)

Wer verhandelt in Bezug auf Elektrosmog mit den Bürgerinitiativen? Soll das der Bürgermeister oder die Gemeinde machen? Ich glaube, das ist wesentlich einfacher, wenn das in staatlicher Hand ist, unabhängig davon, dass ein Bürgermeister nicht weiß, was der 5G-Mobilfunk bringt und wo die idealen Standorte sind.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Stöttner (CSU): Lieber Kollege Adelt, jetzt sind wir schon wieder beim Grundsätzlichen. Bürgermeister machen keine Schönwetterpolitik. Ein Bürgermeister, der Unternehmen ansiedeln will, muss grundsätzlich auf die Betriebe und auch auf die jungen Leute schauen, die in der Region bleiben wollen. Auch wenn es ihn bei der Wahl ein paar Prozentpunkte kostet, muss sich ein Bürgermeister für eine gescheite Versorgung im ländlichen Raum einsetzen. Nicht umsonst habe ich bei der letzten Plenarsitzung die Kollegin Schulze angesprochen. Sie hat geantwortet, dass wir natürlich mehr Funkmasten brauchen. – Ja, auch die GRÜNEN als Gegner von Elektrosmog sind dafür, dass wir eine ordentliche, flächendeckende Infrastruktur im Mobilfunk haben.

Auch die SPD-Bürgermeister, aber auch die Bürgermeister von meiner Partei, müssen deutlich machen: Wenn wir eine gute Zukunft haben wollen, müssen wir auch schwierige Entscheidungen durchsetzen. – Das erwarte ich von jedem Bürgermeister.

(Klaus Adelt (SPD): Diese Standorte in Gewerbegebieten sind längst besetzt! –

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die SPD ist ohne Funkmasten auch nicht glücklicher!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege Stöttner. Zweite Zwischenbemerkung: Herr Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Wertter Kollege Klaus Stöttner, ich persönlich bin kein Freund von übermäßig viel Mobilfunk. Aber ihr Loblied auf die CSU und die Staatsregierung in diesem Kontext fasziniert jetzt schon. Es gab mal einen bayerischen Wirtschaftsminister – Erwin Huber hieß er –, der hier erklärt hat,

das Schaffen oder Fördern von Mobilfunkinfrastruktur sei keine staatliche Aufgabe. Er hat weiter ausgeführt, er sehe auch gar keinen Bedarf für mehr Infrastruktur. Das war zu einem Zeitpunkt, als sich andere Bundesländer längst ihre Förderprogramme haben notifizieren lassen, zum Beispiel Rheinland-Pfalz. Von daher scheint es, wenn Sie jetzt "Gründlichkeit vor Schnelligkeit" anmahnen, dass es bei Ihnen in einem sehr hohen Schnecken-tempo weitergeht, was Sie auch gutheißen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klaus Stöttner (CSU): Lieber Martin Runge, die CSU hat die Begabung zu lernen und mit neuen Erkenntnissen neue Wege zu gehen, wenn Dinge nicht funktionieren.

(Klatschen des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Der damalige Wirtschaftsminister hat dies als wettbewerbsverzerrend angesehen und den Mobilfunkbetreibern eigentlich mehr Chancen gegeben. Sie haben die Chancen nicht genutzt. Deswegen haben wir unser Breitbandprogramm auf den Weg gebracht, und das war klug. Wir haben einen Vorsprung gegenüber den anderen Bundesländern, weil wir für einen ländlichen großen Flächenstaat wirklich unheimlich viel Geld in die Hand genommen haben. Es wird unseren Familien, den Heimarbeitsplätzen und den Wirtschaftsbetrieben echt nutzen, dass wir das gemacht haben. Danke für den Hinweis, aber wir sind lernfähig und entwickeln uns in die Zukunft fort.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Benjamin Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir [...] wollen jedoch, dass der Freistaat die Lücken im Mobilfunknetz in eigener Regie mit staatlichen Mitteln [...] [schließt] und nicht einen Teil der Kosten auf die Kommunen abschiebt.

Dieses Zitat stammt nicht von uns und auch nicht von der SPD. Nein, es stammt von Ihnen, von den FREIEN WÄHLERN,

(Zurufe von den GRÜNEN: Hört, hört!)

in Person des heutigen Ministers Thorsten Glauber.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und heute beantragen Sie das genaue Gegenteil. Hier sieht man, was Regierungsbe- teiligung für die FREIEN WÄHLER bedeutet: Ein "Weiter so!" der CSU-Politik, Still- stand statt Fortschritt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):
Lösungen statt Problembeschreibung!)

Dabei stimme ich Thorsten Glauber eigentlich zu, vor 13 Monaten jedenfalls, als er dieses Zitat abgegeben hat. Wir dürfen die Verantwortung nicht auf die Kommunen abschieben. Wir brauchen eine Strategie für das ganze Land, kein Klein-Klein, bei dem sich jedes Dorf um sein eigenes Mobilfunknetz kümmern muss. Der Antrag der SPD geht hier in die richtige Richtung. Wir hoffen natürlich, dass die Kolleginnen und Kollegen von der SPD hier ihre Parteifreundinnen und -freunde auf Bundesebene und in der Bundesregierung davon überzeugen, für die Inhalte einzustehen, weil sie in der Bundesregierung mitregieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn sie heute halbwegs guten Empfang haben wollen, dann brauchen sie drei SIM- Karten: Einmal Telekom, einmal Vodafone und einmal O₂. Selbst dann haben sie noch Funklöcher. Machen wir es doch einfach wie unsere Nachbarn: Schließen wir die

Netze mit National Roaming. In den Niederlanden müssen die Anbieter ihre Netze teilen. Dort gibt es 95 % Netzabdeckung. Und Deutschland? – Hier haben wir 60 %. Wir sind ein digitales Entwicklungsland. Das muss sich endlich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir wollen gerne über einen Entwurf für eine Netzgesellschaft diskutieren, um die Kommunen zu entlasten, und freuen uns natürlich auch auf Vorschläge der Staatsregierung oder auch der anderen Fraktionen. Aber insgesamt geht uns der Antrag der SPD noch nicht weit genug. Wir brauchen eine Mobilfunkstrategie für das ganze Land. Dafür müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Die 4G-Vergabe haben wir bereits in den Sand gesetzt. Bei 5G machen wir das gerade noch einmal. Das muss sich ändern. Bei den Frequenzvergaben darf es nicht darum gehen, dass der Staat möglichst viel Geld verdient, sondern es muss um die beste Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Netzausbau muss darüber hinaus ökologischer werden. Außerdem muss die bestehende Infrastruktur genutzt werden. Schaffen wir doch bürokratische Hürden ab, zum Beispiel bei den Höhenvorgaben! Statt immer neue Masten zu bauen, nutzen wir doch beispielsweise Straßenlaternen, Strommasten oder von mir aus auch Maibäume! Das wäre endlich unbürokratischer, günstiger und ökologischer.

Wir unterstützen darum den Antrag der SPD als einen ersten Schritt und lehnen das "Weiter so!" der Staatsregierung ab. Wir brauchen bei der digitalen Infrastruktur Fortschritt statt Stillstand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Adjei, bleiben Sie bitte hier am Rednerpult. – Herr Kollege Kirchner, bitte.

Sandro Kirchner (CSU): Sie haben uns jetzt einige Punkte aufgezeigt, wie Sie den Mobilfunk in Bayern voranbringen wollen. Das hat sich sehr spannend angehört. Sie haben dabei auch über National Roaming gesprochen.

Mich würde einfach mal interessieren, wie denn Ihr Lösungsvorschlag bei National Roaming aussieht. Wie setzen Sie das um? Wie sehen Sie dort den rechtlichen Rahmen? Welche Gesetze müssen geändert werden? Wie setzen Sie europäisches Recht in nationales Recht um? Wie gehen Sie mit den Mobilfunkanbietern um? Einfach nur Ihre Lösung dazu! Danke.

(Beifall bei der CSU)

Benjamin Adjei (GRÜNE): Ich habe schon gesagt, dass wir die Vergaberichtlinien anpassen müssen. Wir haben es bei 4G falsch gemacht. Da haben wir versucht, bei der Vergabe möglichst viel Geld zu verdienen. Bei 5G machen wir es genau gleich.

(Sandro Kirchner (CSU): Was?)

Machen wir es hier doch anders!

(Sandro Kirchner (CSU): Was machen Sie anders?)

– Mit einer Investitionspflichtversteigerung.

(Sandro Kirchner (CSU): Wie? – Katharina Schulze (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Zuhören, zuhören! – Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Das ist heiße Luft!)

Wenn Sie sich mit dem Thema ordentlich beschäftigen wollen, googeln Sie danach. Das muss eine Investitionspflichtversteigerung sein, bei der zuerst ländliche Räume vergeben werden. Erst danach könnten die Anbieter auf die guten Stücke in den Innenstädten und den Ballungsräumen bieten. Damit würden wir den Mobilfunk im ländlichen Raum und gleichzeitig auch in den Innenstädten ausbauen. Gleichzeitig würden

wir die Anbieter verpflichten, dass sie die Erstausschreibung im ländlichen Raum mit National Roaming teilen müssen.

(Wolfgang Fackler (CSU): So einfach!)

Das ist rechtlich möglich. Dazu gibt es Studien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind übrigens Studien, die von den Netzbetreibern in Auftrag gegeben wurden. Das ist also nicht irgendeine Studie der GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jahrelang ist es versäumt worden, diese weißen Flecken zu schließen. Ich weiß, wovon ich rede. Ich lebe in der Gemeinde Feldkirchen-Westerham, einem Terrain, in dem seit über zehn Jahren ein weißer Fleck von fünf Kilometern Ausdehnung besteht. Drei Anträge sind gestellt worden. Die meisten der hier vertretenen Parteien haben die Weichen falsch gestellt – in der Regierung, in der Bundesregierung. Sie haben in den Ausschreibungen für die Mobilfunklizenzen die Grundsatzregel falsch aufgestellt, nach der nur 98 % der Bevölkerung versorgt werden müssen. Wir fordern eine hundertprozentige Versorgung der Fläche.

Wir brauchen in der Gesellschaft, wo der freie Markt nicht funktioniert, Leitplanken. Wir unterstützen deshalb, weil wir Sachpolitik machen, diesen Antrag auf Gründung einer Infrastrukturgesellschaft. Die freie Marktwirtschaft hat diese Löcher bisher nicht schließen können. Wir unterstützen genauso den Antrag auf National Roaming.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen das Anliegen der SPD im Kern. Es ist richtig, dass der Staat die Aufgabe der flächendeckenden Mobilfunkversorgung insgesamt als eigene Aufgabe versteht und konzipiert. Es ist auch richtig, dass der Staat das jetzt nicht, weil es schnell gehen und flächendeckend sein soll, über 2.000 Verantwortlichen überantwortet. Es ist richtig, dass das jetzt ein Stück weit unterstützt wird. Wir halten es aber für überflüssig, dafür gleich eine eigene Infrastrukturgesellschaft zu fordern. Der Staat kann das auch ohne eine solche Gesellschaft machen. Streichen Sie den letzten Teil Ihres zweiten Satzes im ersten Absatz, dann könnten wir dem auch zustimmen.

Im Kern ist auch die Forderung nach National Roaming richtig. Ich will das aus Zeitgründen nicht mehr ausführen. Ich verweise aber auf die Ausführungen von Umweltminister Glauber vom 27.09. letzten Jahres zu diesem Thema und schließe mich diesen umfassenden Ausführungen an.

Der nachgezogene Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU sagt dazu leider nichts. Wir halten die Skepsis, die auch in den Nachfragen spürbar geworden ist, für falsch. Gerade im ländlichen Raum wird nicht jeder der Versorger alles flächendeckend machen. Wir müssen eben auch dieses Instrument zum Einsatz bringen, wenn wir an dieser Stelle die Überlappungen nutzen wollen.

Sehr geehrter Herr Minister, was das jetzt hochgelobte Programm angeht, bitte ich darum, bei der Frage, welche Flächen optimiert werden können, das Flächenszenario noch einmal kritisch anzuschauen. Denn in Bereichen, in denen schon 95 % Flächenabdeckung vorhanden ist, bringen auch 5 % viel Störfeuer mit sich. Wir wissen alle, dass auch in an sich ordentlich versorgten Gebieten Telefonieren, beispielsweise beim Autofahren, vielfach nicht möglich ist. Hier ist also die Konzeption falsch. Auch das Förderprogramm wird, wenn es nicht nachgebessert wird, noch eine Reihe von Ent-

täuschungen produzieren. Wir können hier gerne noch über Verbesserungsmöglichkeiten reden.

Wir können beiden Anträgen nicht zustimmen, es sei denn, der eine Antrag würde an der genannten Stelle verändert.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Staatsminister Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut mich, dass wir alle hier in diesem Haus uns einig sind, den Mobilfunkausbau in Bayern verbessern zu wollen. Wir streiten uns jetzt über die Wege dorthin. Es ist einfach Fakt, dass wir momentan ein von der EU abgeseignetes Verfahren auf dem Tisch haben, bei dem die EU-Wettbewerbs-hüter akzeptieren, dass der Freistaat Bayern als bisher einziges Land und einzige Region in der EU diese Dinge selber in die Hand nimmt und ein Förderprogramm auflegt, um die Infrastruktur für den Breitbandausbau möglich zu machen. Hätten wir parallel die Möglichkeiten A, B oder C auf dem Tisch liegen, nach denen der Freistaat Bayern auch alleine und ohne kommunale Beteiligung diese Dinge durchziehen könnte oder die Bundesrepublik Deutschland das tun müsste, würde ich vielleicht eine dieser Varianten bevorzugen.

Wir sind aber Realpolitiker, die jetzt zeitnah liefern wollen. Das heißt, dass sich diese 150 Kommunen, die bisher gesagt haben, sie wollen die weißen Flecken schließen, und die um Hilfe bitten, an das Mobilfunkzentrum in Regensburg wenden müssen. Dort wird ihnen beim Ausfüllen der Verträge und bei der ganzen Begleitung geholfen. Am Ende bekommen sie eine Finanzierung von 80 bis 90 %. Dann können sie diesen Masten an die Mobilfunkanbieter vermieten. Wenn die Kommunen aber sagen, dass sie mit diesen Dingen nichts zu tun haben wollen, gibt es die Möglichkeit der Baukonzession. Hier würden sich dann mehrere Firmen anbieten. Diese Firmen würden den

entsprechenden Masten errichten, den Zuschuss bekommen und die Dinge weitervermieten. Dann hätte die Kommune nichts damit zu tun. Jawohl, es läuft aber über den Tisch des Bürgermeisters. Jawohl, natürlich kann die Debatte vor Ort entstehen, ob man den Masten will oder nicht. Ich weiß, dass es vor zehn Jahren draußen große Debatten darüber gab, ob man den Mobilfunk überhaupt will. Diese Debatten werden auch heute noch in vielen Gemeinden geführt. Was würden Sie sagen, wenn der Freistaat Bayern oder der Bund nach dem Motto "Friss oder stirb" käme und den Masten aufstellen würde, ob die Gemeinde will oder nicht? Dann könnte der Bürgermeister natürlich sagen: Das machen die, das geht mich nichts an. Ich kann nichts dagegen machen. – Das ist ganz klar. Auf der anderen Seite hat der Bürgermeister jetzt aber die Möglichkeit, zu sagen: Ich will es. – Die 150 Gemeinden wollen es wohl. Die aber, die es nicht wollen, die machen es eben nicht.

Wir haben 900 der 2.056 bayerischen Gemeinden, die diesen Weg vielleicht am Ende gehen, die Mobilfunklücken haben. Schauen wir mal, wie viele davon sich melden werden. Ich sage nochmals: Der Sündenfall ist in den Neunzigerjahren passiert, als die Telekommunikation privatisiert worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das waren die Fehler im System. Jetzt müssen wir in diesem falschen System retten, was zu retten ist.

Wir können natürlich über das National Roaming nachdenken. Ich habe beim Bundeswirtschaftsminister eingefordert, bei den Mobilfunklizenzen Bedingungen zu schaffen, damit das National Roaming greift. Das betrifft teilweise auch das Haus Scheuer. Die Mobilfunkanbieter sollen zumindest die Möglichkeit haben, sich freiwillig abzusprechen. Mir wäre es lieber, sie könnten dazu verpflichtet werden. Ich danke der EU an dieser Stelle, dass bis Ende 2020 der Kodex zur Telekommunikation eingeführt wird, mit dem Deutschland lokales Roaming über die Bundesnetzagentur anordnen kann. Ich appelliere an die SPD als Teil der Koalition in Berlin und damit als Regierungspart-

ner, sich dafür einzusetzen, dass dieses Gesetz möglichst schnell umgesetzt wird, damit lokales Roaming dort verordnet werden kann, wo zum Beispiel Mobilfunkempfang mit Vodafone vorhanden ist, mit der Telekom aber nicht. In diesen Fällen könnte lokales Roaming angeordnet werden. Der Bundesgesetzgeber hat es in der Hand. Bitte tut das!

Im Übrigen ist das Schließen von Netzlücken nicht über das Roaming zu schaffen, sondern über neue Masten. Wir tun das mit diesem Programm. Wenn wir das mit diesem Programm nicht täten und neue Wege über die EU gehen würden – das prophezeie ich Ihnen –, würde in dieser Legislaturperiode kein einziger Mast aufgestellt. Wir hätten dann nämlich jahrelange Debatten in Brüssel. Wenn wir über Schnelligkeit reden, müssen wir über dieses Programm reden. Ansonsten haben wir keines, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist die Realpolitik, von der ich spreche. Wir werden nicht immer mit Lieblingsszenarien konfrontiert. Ich glaube aber, dass wir ein ordentliches Programm haben. Die kommunalen Spitzenverbände, die Mobilfunkanbieter und der Freistaat Bayern tragen es mit. Das Geld dafür ist in die Haushalte eingestellt. Die Berater haben draußen die ersten Kontakte. Die Infoveranstaltungen laufen. Die Bürgermeister wenden sich an uns. Wir sollten sie jetzt einmal machen lassen.

Sollte sich dieser Weg in einigen Jahren als falsch oder als nicht ausreichend herausstellen, sodass wir als Staat uns wieder mehr Kompetenzen von der privatisierten Telekom-Branche zurückholen müssen, bin ich der Letzte, der dem im Wege steht. Aber heute will ich liefern. Wir können liefern. Bitte unterstützen Sie diesen Weg. Ein besseres Programm haben wir heute nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Fraktion hat für den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/144 namentliche Abstimmung beantragt. Deshalb können wir jetzt nicht über den Dringlichkeitsantrag der SPD abstimmen. Wir müssen eine 15-minütige Wartezeit einhalten. Solange können wir nicht abstimmen.

In der Zwischenzeit gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ebner-Steiner, Plenk, Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Bürger vor finanziellen Risiken schützen – keine weitere Abrechnung älterer Straßen als Ersterschließung!", Drucksache 18/134, bekannt. Mit Ja haben 22, mit Nein 155 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich komme jetzt zurück zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 18/135. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und eine Stimme bei der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und eine Stimme bei den GRÜNEN. Enthaltungen! – Das sind die Fraktionen der FDP und, bis auf eine Stimme, der AfD. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Jetzt komme ich zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/144. Die CSU-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte darum, die Abstimmungsurnen aufzustellen. Sie haben fünf Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 19:24 bis 19:29 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe hiermit die Abstimmung. Ich darf Sie bitten, in den Plenarsaal zurückzukommen und die Plätze wieder einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird ermittelt und später bekannt gegeben.

Bevor ich die Sitzung schließe, darf ich Ihnen noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Streibl, Dr. Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) sowie der Abgeordneten Kreuzer, König, Kirchner und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Mobilfunkinitiative Bayern schnell zum Erfolg führen", Drucksache 18/144, bekannt geben. Mit Ja haben 73 Mitglieder gestimmt, mit Nein haben 74 Mitglieder gestimmt, Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.01.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER, Thomas Kreuzer, Alexander König, Sandro Kirchner u. a. und Fraktion CSU Mobilfunkinitiative Bayern schnell zum Erfolg führen (Drucksache 18/144)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert	X		
Adje Benjamin		X		Fehlner Martina			
Aigner Ilse				Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander	X		
Arnold Horst				Flisek Christian			
Aures Inge		X		Franke Anne		X	
				Freller Karl	X		
Bachhuber Martin				Friedl Hans			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Friedl Patrick		X	
Bauer Volker	X			Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)			
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara	X			Gerlach Judith	X		
Beißwenger Eric				Gibis Max			
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias	X		
Böhm Martin		X		Gottstein Eva	X		
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert	X			Grob Alfred	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Güller Harald		X	
von Brunn Florian				Guttenberger Petra	X		
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann	X		
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim	X		
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang	X		
Dorow Alex				Haubrich Christina		X	
Dremel Holger				Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert	X			Herold Hans	X		
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian	X		
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold	X		
Eck Gerhard	X			Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred	X			Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg	X			Hintersberger Johannes	X		
Enders Susann	X			Högl Petra			
Enghuber Matthias				Hofmann Michael	X		
				Hold Alexander			
Fackler Wolfgang	X			Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander			
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen			
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	73	74	0